



UNIVERSITÄT KLAGENFURT

Vorsitzender des Senats
O.Univ.-Prof. Dr. H. J. Bodenhöfer

Universitätsstraße 65-67

A-9022 Klagenfurt

Tel.: 0463/2700-412 o. 6200 Fax: 0463/2700-6255

E-Mail: sabine.tomicich@uni-klu.ac.at

90/SN-361/ME

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	30-GE/19.PP
Datum:	10. Mai 1999
Verteilt	14.5.99

Schreffel

An das
 Präsidium des
ÖSTERREICHISCHEN NATIONALRATES
 Dr. Karl Renner-Ring 3
 1010 Wien

IM DIENSTWEG

UNIVERSITÄT KLAGENFURT
 Zahl: 374-AK-Senat/D
 Geschehen und in Urschrift dem Bundesministerium für Wissenschaft
 und Verkehr in Wien vorgelegt
 Klagenfurt, am 7. MAI 1999
 Der Rektor *[Signature]*

Klagenfurt, am 6. Mai 1999/st

Betrifft: Entwurf einer Änderung des Universitätsstudiengesetzes

GZ - 52.300/48-I/D/2/99

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Senat der Universität Klagenfurt hat sich in seiner Sitzung am 5. Mai 1999 ausgiebig mit dem zur Begutachtung ausgesandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das UniStG geändert wird, beschäftigt und übermittelt hierzu die folgende Stellungnahme.

Der Senat der Universität Klagenfurt *lehnt* den vorliegenden Entwurf zur Einführung des dreistufigen Studiensystems *ab*.

Diese Ablehnung begründet sich nicht aus grundsätzlichen Überlegungen bzw. einer generellen Ablehnung des dreistufigen Systems, sondern aus erkennbaren Mängeln und Lücken der vorgeschlagenen Regelungen. Grundsätzlich sollte ein Optionsmodell vorgesehen werden, das es den Studienkommissionen und Fakultäten überläßt, ein alternatives Studienmodell zu beantragen bzw. einzurichten, wobei auch die Option einer Parallelität von zweistufigem und dreistufigem System möglich sein sollte. Jedenfalls sollte das dreistufige System nur auf Antrag einer Fakultät eingerichtet werden können. Im Sinne einer De-Regulierung des Studienrechts sollte es den Studienkommissionen und Fakultäten auch möglich sein, die Modalitäten im einzelnen unterschiedlich zu regeln, wie z.B. eine Praxistätigkeit oder ein Auslandssemester zwischen dem Bachelor- und Masterstudium zwingend vorzusehen. Eine weiterreichende Liberalisierung des Studienrechts scheint auch deshalb erforderlich, weil die Sinnhaftigkeit eines dreistufigen Studiums je nach Fach bzw. Disziplin sehr unterschiedlich zu beurteilen ist.

Das Bachelor-Studium muß jedenfalls so konzipiert werden, daß es ein in sich abgeschlossenes Studium darstellt, das berufsqualifizierend ist und den Absolvent/inn/en entsprechende Chancen auf nationalen und internationalen Arbeitsmärkten bietet.

Die Studiendauer für ein Master-Studium mit wissenschaftlichem Anspruch von 2 Semestern, einschließlich der Diplomarbeit, ist entschieden zu kurz bemessen. Die Regelung sollte hier zumindest einen Rahmen von 2 - 4 Semestern vorsehen. Nur über ein anspruchsvolles Master-Studium kann erreicht werden, daß dieser Hochschulabschluß den Studien in jenen Ländern entspricht, mit denen sich österreichische Akademiker/innen vergleichen können sollen.

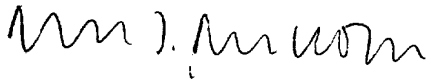
Unabhängig von der Notwendigkeit eines stärker strukturierten Bachelor-Studiums wird die Regelung nach § 7 (7) a (*„Verpflichtende Abfolge von Lehrveranstaltungen und Prüfungen“*) als zu weitgehende Regulierung abgelehnt. Umgekehrt steht die Möglichkeit, Prüfungen dreimal wiederholen zu können, im Konflikt mit der Notwendigkeit einer strafferen Zeitökonomie.

Eindeutig zu klären ist die Möglichkeit des Weiterbezugs von Studienförderung bzw. Familienbeihilfe während des Master-Studiums.

Ganz allgemein ist festzustellen, daß die Gesetzesnovelle übereilt und ohne gründliche Diskussion mit den Universitäten formuliert wurde. So wurde auch versäumt, das Verhältnis eines künftigen Bachelor-Studiums zu anderen postsekundären Ausbildungsgängen zu bestimmen.

Angesichts der Menge des vorliegenden Entwurfs erscheint eine zweite Begutachtung, der ein überarbeiteter und ergänzter Text zugrunde liegt, unbedingt erforderlich.

Mit verbindlicher Empfehlung
und freundlichen Grüßen



O.Univ.-Prof. Dr. H. J. Bodenhöfer



UNIVERSITÄT KLAGENFURT

Vorsitzender des Senats
O.Univ.-Prof. Dr. H. J. Bodenhöfer

Universitätsstraße 65-67
A-9022 Klagenfurt
Tel.: 0463/2700-412 o. 6200 Fax: 0463/2700-6255
E-Mail: sabine.tomicich@uni-klu.ac.at

An das
Präsidium des
ÖSTERREICHISCHEN NATIONALRATES
Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 Wien

IM DIENSTWEG

Klagenfurt, am 6. Mai 1999/st

Betrifft: **Entwurf einer Änderung des Universitätsstudiengesetzes**

GZ - 52.300/48-I/D/2/99

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Senat der Universität Klagenfurt hat sich in seiner Sitzung am 5. Mai 1999 ausgiebig mit dem zur Begutachtung ausgesandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das UniStG geändert wird, beschäftigt und übermittelt hierzu die folgende Stellungnahme.

Der Senat der Universität Klagenfurt *lehnt* den vorliegenden Entwurf zur Einführung des dreistufigen Studiensystems *ab*.

Diese Ablehnung begründet sich nicht aus grundsätzlichen Überlegungen bzw. einer generellen Ablehnung des dreistufigen Systems, sondern aus erkennbaren Mängeln und Lücken der vorgeschlagenen Regelungen. Grundsätzlich sollte ein Optionsmodell vorgesehen werden, das es den Studienkommissionen und Fakultäten überläßt, ein alternatives Studienmodell zu beantragen bzw. einzurichten, wobei auch die Option einer Parallelität von zweistufigem und dreistufigem System möglich sein sollte. Jedenfalls sollte das dreistufige System nur auf Antrag einer Fakultät eingerichtet werden können. Im Sinne einer De-Regulierung des Studienrechts sollte es den Studienkommissionen und Fakultäten auch möglich sein, die Modalitäten im einzelnen unterschiedlich zu regeln, wie z.B. eine Praxistätigkeit oder ein Auslandssemester zwischen dem Bachelor- und Masterstudium zwingend vorzusehen. Eine weiterreichende Liberalisierung des Studienrechts scheint auch deshalb erforderlich, weil die Sinnhaftigkeit eines dreistufigen Studiums je nach Fach bzw. Disziplin sehr unterschiedlich zu beurteilen ist.

Das Bachelor-Studium muß jedenfalls so konzipiert werden, daß es ein in sich abgeschlossenes Studium darstellt, das berufsqualifizierend ist und den Absolvent/inn/en entsprechende Chancen auf nationalen und internationalen Arbeitsmärkten bietet.

Die Studiendauer für ein Master-Studium mit wissenschaftlichem Anspruch von 2 Semestern, einschließlich der Diplomarbeit, ist entschieden zu kurz bemessen. Die Regelung sollte hier zumindest einen Rahmen von 2 - 4 Semestern vorsehen. Nur über ein anspruchsvolles Master-Studium kann erreicht werden, daß dieser Hochschulabschluß den Studien in jenen Ländern entspricht, mit denen sich österreichische Akademiker/innen vergleichen können sollen.

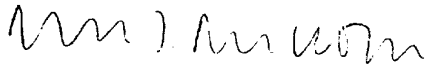
Unabhängig von der Notwendigkeit eines stärker strukturierten Bachelor-Studiums wird die Regelung nach § 7 (7) a (*„Verpflichtende Abfolge von Lehrveranstaltungen und Prüfungen“*) als zu weitgehende Regulierung abgelehnt. Umgekehrt steht die Möglichkeit, Prüfungen dreimal wiederholen zu können, im Konflikt mit der Notwendigkeit einer strafferen Zeitökonomie.

Eindeutig zu klären ist die Möglichkeit des Weiterbezugs von Studienförderung bzw. Familienbeihilfe während des Master-Studiums.

Ganz allgemein ist festzustellen, daß die Gesetzesnovelle übereilt und ohne gründliche Diskussion mit den Universitäten formuliert wurde. So wurde auch versäumt, das Verhältnis eines künftigen Bachelor-Studiums zu anderen postsekundären Ausbildungsgängen zu bestimmen.

Angesichts der Menge des vorliegenden Entwurfs erscheint eine zweite Begutachtung, der ein überarbeiteter und ergänzter Text zugrunde liegt, unbedingt erforderlich.

Mit verbindlicher Empfehlung
und freundlichen Grüßen



O.Univ.-Prof. Dr. H. J. Bodenhöfer